

Vorbemerkung:

Im Zuge der Erstellung des VSA-Buches „In einer aus den Fugen geratenden Welt“ habe ich Bausteine erstellt, die dann in das Einleitungs- und Schlusskapitel in geraffter und überarbeiteter Form Eingang gefunden haben. Einer dieser Bausteine beschäftigte sich mit den globalen Umbrüchen und Machtverschiebungen in der Welt. Es handelt sich bei diesen Manuskripten nicht um endgültig ausgearbeitete Texte, sondern um Arbeitsmaterialien, die ich Interessierten nicht vorenthalten möchte. Vielleicht bieten sie ja Anregungen, für diejenigen, die an dieser Thematik weiterarbeiten wollen.

Regionale Krisen – Neue Welt(un)ordnung

Ein Blick in die Tageszeitung genügt, um zu erkennen: Wir befinden uns in einer globalen Umbruchsituation. Die Unsicherheit, wohin das führen wird, ist weit verbreitet. Wir können einige Trends beschreiben und – mit aller Vorsicht – in die Zukunft verlängern. Aber wir können nicht weissagen. Die Arabellion kam für manche Insider nicht völlig überraschend, und doch hat kaum jemand eine solche Massenbewegung prophezeit. Das gegenwärtig drohende Auseinanderbrechen ganzer Staaten wie Syrien oder Irak schien vor Jahren noch undenkbar. Und wer hätte gedacht, dass der alte Traum der Kurdinnen und Kurden von „Kurdistan“ sich zwar noch nicht verwirklicht hat, aber durch die autonomen Gebiete im Irak und ansatzweise in Syrien, sich doch mit Leben erfüllt hat. Insgesamt scheint eine Neuordnung dieser Großregion sehr wahrscheinlich, die auch die kolonial gezogenen Staatsgrenzen verschieben könnte. Allerdings scheint ein schlimmes Kontinuum zu bleiben: Die Gewalt zwischen Israel und den Palästinensern und die Befestigung der Besatzungsmacht, die bis heute nicht bereit ist, einen Zentimeter von der eigenen Stärkeposition abzuweichen. Ob sich daran nach dem jüngsten verbrecherischen Krieg Israels in Gaza (der auch nicht mit den zu verurteilenden Rechtsbrüchen und Grausamkeiten der Hamas gerechtfertigt werden kann) etwas ändert, erscheint wenig wahrscheinlich. Der Druck, endlich zu Kompromissen und tragfähigen Friedenslösungen zu kommen, mag stärker geworden sein, ob er gegen die Hardliner auf beiden Seiten durchgesetzt werden kann, ist fraglich. Den Vereinten Nationen sind in dieser Frage die Hände gebunden, die Europäer wieder mal uneinig und unentschlossen und die USA geben im Zweifelsfall ihrem wichtigsten Bündnispartner, Israel, den Vorzug. So wird der immer unhaltbarer werdende Status Quo auf paradoxe Weise zementiert.

Von einer Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens orakelten vor zehn Jahren die sog. Neocons im Umkreis des damaligen US-Präsidenten George W. Bush. Der Einmarsch in den Irak sollte zu einer demokratischen Umgestaltung der gesamten Region führen. Aus diesen blühenden Phantasien ist inzwischen ein Albtraum geworden. Das Ergebnis ihrer Allmacht-Phantasien und der daraus abgeleiteten imperialistischen Politik des Mr. Bush sind die sich endemisch ausbreitenden Terror-Netzwerke, die ethnisch-religiöse Parzellierung im Irak wie auch in Syrien und das nicht enden wollende soziale Elend breiter Bevölkerungskreise in Folge von Wirtschaftsembargos, kriegerischen Interventionen, Bürgerkrieg.

Welche Langzeitwirkungen die als „Arabischer Frühling“ bezeichneten Rebellionen haben werden, bleibt weiter offen. In Syrien erleben wir einen sich hinziehenden brutalen Bürgerkrieg, auch Libyen

kommt nicht zur Ruhe und droht in Gewalt zu versinken, in Ägypten festigen Teile des gestürzten Ancien Regimes wieder ihre Macht, nur in Tunesien scheint es gelungen zu sein, den Aufstand in einen demokratischen Verfassungsprozess überzuleiten, der Hoffnung auf eine bessere Zukunft weckt. In anderen nordafrikanisch- arabischen Ländern versuchen bestehende Regime mit begrenzten Reformen von oben, weiterreichende Änderungen abzublocken. Die superreichen Staaten am Persischen Golf wollen ihre dominante Stellung mit Hilfe der Petrodollars und moderner Militärmaschinerie aufrechterhalten, geben sich aufgeschlossen-modern, ohne aber im Kern von ihren rückwärtsgewandten Ideologien abzurücken. Die Losung des politischen Islamismus „Der Islam ist die Lösung“ hat einerseits an Strahlkraft erheblich eingebüßt, andererseits werden militante Gruppierungen und Netzwerke immer wieder genährt durch die reaktionäre, unsoziale Politik der dort bestehenden Regime und deren Stützung durch die westliche Staatenwelt. Einen Ausweg aus dieser krisenhaften Lage in der heute im Angelsächsischen gerne MENA genannten Region (Middle East/North Africa) wird es vermutlich nur geben können, wenn liberale, linke, progressive Kräfte, sich zusammenschließen und viel mehr Menschen von alternativen Entwicklungsperspektiven überzeugen können. Doch das ist ein langer Weg.

Die gegenwärtige Krise um die Ukraine hat viele Menschen in ihrem Unbehagen bestärkt, dass diese Welt zusehends aus den Fugen gerate, immer weniger zu steuern sei. Das ist nachvollziehbar, denn wie groß war die Hoffnung, dass sich dem Ende der Blockkonfrontation eine Phase der großen europäischen Einigung, des harmonischeren Zusammenlebens und der Abrüstung beginnen würde. Davon scheint heute wenig übriggeblieben. Dazu hat an erster Stelle die Selbstgewissheit des „Westens“ beigetragen, dass man immer auf der Seite der Guten stehe und daher legitimiert sei, die Anderen Mores zu lehren. Die Folge war eine Kette von Maßnahmen – Osterweiterung der NATO, Raketenabwehrprogramme – die in Moskau als eklatanter Vertrauensbruch gedeutet wurden. Mit der festen Einbindung der Ukraine in den EU-Herrschaftsraum war für Russland eine „rote Linie“ überschritten, (wie zuvor mit der drohenden NATO-Mitgliedschaft Georgiens); die russische Führung unter Putin, die aus Gründen ihres Machterhalts auf einen zunehmend aggressiven Nationalismus setzt, konterte mit dem Anschluss der Krim an die Russische Föderation.

Doch die aktuellen Zuspitzungen und Eskalationen dürfen nicht dazu führen, dass wir nur noch das chaotisierende Element der gegenwärtigen Weltentwicklung sehen. Es gibt durchaus auch gegenläufige Entwicklungen, Trends, Ansätze. Die Kooperation der USA, der EU, Russlands und Chinas beim Versuch zu einem Kompromiss mit dem Iran in puncto Atomwaffenprogramm zu gelangen, muss dabei genannt werden. Und auch im Falle Syriens gab es punktuelle Zusammenarbeit, die den Weg zur Vernichtung des syrischen C-Waffenpotenzials frei machte. Obama ist in dieser Hinsicht nicht Bush. Und auch Wladimir Putin ist an Verhandlungslösungen interessiert. Daraus ergeben sich nicht zuletzt gewisse Spielräume für die Vereinten Nationen, deeskalierend, friedensstiftend zu wirken. Allerdings ist nach wie vor richtig – und das zeigt die Fortdauer des syrischen Bürgerkrieges – dass die Möglichkeiten der UNO, Frieden zu stiften begrenzt sind. Und dies nicht zuletzt, wenn Akteure von außen dann doch ihre eigenen Interessen, gestützt auf jeweilige Bürgerkriegsparteien, durchzusetzen suchen. Es bleibt das extrem widersprüchliche Bild: Gewachsene Kooperationszwänge, die sich bisweilen auch in den bestehenden zahlreichen Institutionen als dialogfördernd und Zusammenarbeit begünstigend erweisen - und die auch zu diplomatischer Vermittlung und Streitschlichtung führen können, auf der anderen Seite die heftigen Zusammenstöße, die Verschlechterung der Großwetterlage, die Gefahr neuer Verwerfungen, neuer Lagerbildung.

Richtig ist, dass die alte Weltordnung, die von der bipolaren Ost-West-Konfrontation mit einfachen Zuordnungsmustern geprägt war, zerbrochen ist und sich noch keine neue, stabile Ordnung

herausbilden konnte. Die Konturen einer neuen polyzentrischen oder multipolaren Ordnung werden im Nebel sichtbar, doch was aus dieser sich rasch ändernden Welt wird, wissen wir nicht – weil es in den Handlungen der Menschen, genauer: großer Menschengruppen mitentschieden wird. Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber unter vorgefundenen Bedingungen, sagte einst Karl Marx und hatte Recht. Und zu den Voraussetzungen des Handelns gehören nicht zuletzt die sozial-ökonomischen Bedingungen. Daher werden wir uns mit dieser Frage beschäftigen müssen, bevor wir zu den Merkmalen der heutigen und der zu erwartenden Machtverschiebungen kommen. Schließlich ist die Frage spannend, welche Rolle das „gute, alte Europa“, unser Handlungsraum, in der Welt von morgen spielen wird. Denn die Globalisierung und der Aufstieg der Schwellenländer („neue Gestaltungsmächte“) neue Ängste und Sorge auslösen, ist nicht zu leugnen. Dazu tragen nicht zuletzt an Machterhaltung interessierte Diskurse von oben bei, die uns einzureden versuchen, Europa müsse angesichts der unfreundlichen Umwelt um seine Selbstbehauptung kämpfen. Andererseits bleibt die, ob nicht die heutige Welt(un-)ordnung die Notwendigkeit „kosmopolitischer“ Lösungen auf die Tagesordnung setzt, die nur in der Kooperation möglichst Aller auch ins Werk gesetzt werden können?

Dabei geht es nicht so sehr darum, wer in der Welt von morgen Mehr zu sagen und wer auf den Hinterbänken sitzen bleibt. In einem bemerkenswerten Leitartikel war in der Süddeutschen Zeitung am 24.1.2007 zu lesen:

„Eine Welt, in der Hunderte Millionen Menschen keinen Zugang zu trinkbarem Wasser, sättigendem Essen, menschwürdigem Wohnraum medizinischer Mindestversorgung haben, wird zu einer Welt des globalen Bürgerkriegs werden.“¹

Ohne globale Steuerung und dafür geeignete Institutionen werde die Welt sich diesem Zustand annähern, so der Autor. Damit ist die Dimension des Problems benannt. Ohne Entwicklung wird die Welt unfriedlicher. Und diese Welt, gerät aus den Fugen. Nicht dass wir unweigerlich diesem Zustand entgegen gehen. Sie kann gerettet werden. Wir müssen es nur tun.

Die liberale Globalisierung und ihre ungewisse Fortsetzung

Seit den 70er Jahren erleben wir einen ständigen Umbruch in der Internationalen Politik, vor allem wenn wir den Wandel der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ins Visier nehmen. Das nach dem Krieg lange gültige Handelsregime geriet gegen Ende der 70er Jahre aus den Fugen. Die USA waren die Vorreiter einer Entwicklung, die die Liberalisierung und De-Regulierung insbesondere der Finanzmärkte vorantrieb, die wiederum tief greifende Wirkungen innerhalb der Staaten und in deren Verhältnis untereinander zur Folge hatte.

Damit wurde der Weg bereitet zu einer Umgruppierung der Kräfte in den kapitalistischen Hauptländern, die wiederum einen Prozess freisetzte, den wir heute Globalisierung nennen. Diese Form der Internationalisierung des Kapitals hat zu beträchtlichen Kräfteverschiebungen innerhalb des Kapitalismus geführt. Das Gewicht der transnational aufgestellten Konzerne gegenüber der Staatenwelt hat erheblich zugenommen, wie auch die Bedeutung transnationaler Institutionen – vor allem der entsprechenden Finanzinstitutionen wie Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds – gegenüber den Regierungen einzelner Länder.

¹ Matthias Dobrinski, Moral global, in der Süddeutschen Zeitung vom 24. Januar 2007.

Der Zusammenbruch des sog. sozialistischen Lagers in der „Zeitenwende“ hatte eine enorme Katalysator-Wirkung für diesen Vorgang. Der „Westen“, „Europa“, „Amerika“ wurden die Chiffren, in denen sich die Hoffnung in den Nachfolgestaaten im Osten ausdrückte. Mit anderen Worten: Sie hatten es eilig dort anzukommen und den Anschluss zu finden. Allerdings unter schwierigen Startbedingungen. Dass sie bei ihrer forcierten Weltmarktintegration auf komparative Kostenvorteile setzen würden, war ebenso klar, wie der Versuch, Exklusivbedingungen für das anlagensuchende Kapital aus den entwickelteren Ländern - z.B. durch Steuerfreiheiten für die Konzerne - zu schaffen. Dieser Versuch des mehr oder weniger brachialen Anschlusses an die OECD-Welt hat der Bevölkerung in den Transformationsländern nicht wenig Lasten auferlegt und im Westen den Abschied aus dem Wohlfahrtskapitalismus noch einmal beschleunigt.

Die Liberalisierung der Finanzmärkte hatte ihren Anteil daran, dass viele Staaten der vormaligen Dritten Welt in den siebziger Jahren in großem Stil Kredite aufnahmen, die sie in den späten achtziger Jahren mehr und mehr in Bedrängnis brachten. Die steigenden Zinsen konnten vor dem Hintergrund sinkender Rohstoffpreise nicht mehr bedient werden, Staatspleiten drohten. Um sie abzuwenden, mussten diese Staaten, sich den sog. Strukturanpassungsprogrammen der internationalen Finanzinstitutionen unterwerfen. Die daraufhin forcierte Weltmarktorientierung hat in den rohstoffbesitzenden Ländern und Regionen, sofern sie sich aus lang anhaltenden Bürgerkriegen befreien konnten, zu beträchtlichen Wachstumszahlen geführt. Diese Erholungsprozesse erfolgten aber ausschließlich zu Lasten der sozialen Entwicklung in diesen Ländern. Einer immer reicher werdenden korrupten Oberschicht stehen große Teile der Gesellschaft gegenüber, die bislang von der Partizipation am Reichtum und von politischer Teilhabe ausgeschlossen sind. Dennoch hat dieser „Aufschwung“ – auch und gerade in Afrika – in jüngster Zeit Erwartungen eines kontinentalen Aufbruchs geweckt, hinter dem sich zunächst aber nur die Hoffnungen der extraktiven Industrien, des Agro-Business und der auf Billigimporte gerichteten Wirtschaftszweige wie der Textilindustrie verbergen. Immerhin dürfte diese Entwicklung das Selbstbewusstsein in den Ländern des globalen Südens erhöhen und in Verbindung mit den jetzt in den Blick zu nehmenden globalen Machtverschiebungen dazu führen, dass die bisher unangefochtene Dominanz des Westens sich abschwächen wird. (Daran ändert auch ein spektakulär aufgezogener Afrika-Gipfel des US-Präsidenten wenig, der ja nur ausdrückt, dass man sich um neue Einflusspositionen bemühen muss).

Panitch/Gindin (2011) haben eindrucksvoll nachgewiesen, dass die spezifische Form dieser Globalisierung weder vom Himmel gefallen, noch ein bloßes Ergebnis technologischer Revolutionen gewesen ist. Die Globalisierung ist ein polit-ökonomisches Projekt, das vor allem von den Finanzeliten der USA seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts verfolgt worden ist, bei dem es vor allem darum ging, durch die Liberalisierung der Finanzmärkte, den USA günstige Möglichkeiten zu verschaffen, das eigene Haushalts- und Leistungsbilanzdefizit mit Hilfe internationaler Finanzströme zu finanzieren. Die Folgen dieser Abkehr von der alten Nachkriegs-Wirtschaftsordnung waren beträchtlich: Kaum ein Staat, kaum eine Region, der/die sich den durch diesen Paradigmenwechsel ausgelösten Zwängen entziehen konnte. Die Mehrzahl der Staaten suchte ihr Heil darin, dem anlagensuchenden internationalen Kapital bestmögliche Bedingungen zu schaffen. Das Ergebnis dieser Operation ist bekannt: Überall geriet ein sozialstaatlich ausgerichteter Staatsinterventionismus in die Defensive, marktradikale Konzepte bekamen die Oberhand. Die gnadenlose „Standortkonkurrenz“ forderte ihren Preis: In die Vorhand kam, wem es gelang über Lohn- und Sozialdumping, über die Senkung der Unternehmenssteuern etc. die Verwertungsbedingungen für das große Kapital zu optimieren.

Eine neue Entwicklungsära des globalen Kapitalismus wurde eingeleitet, die einige Zeit einen bis dato nicht bekannten Hype um Börsen-, und Aktienkurse, um neue Finanzmarktprodukte etc. auslöste und die schließlich in die internationale Finanzmarktkrise 2008/2007 mündete. Diese „kapitalistischen“ Ursachen der Krise sind bis heute unbearbeitet geblieben. Um den großen finanz- und wirtschaftspolitischen Crash zu vermeiden, mussten insbesondere die großen Industriestaaten beträchtliche Summen aufbringen, um die Pleite „systemrelevanter“ Banken abzuwenden. Die Finanzmarktkrise wurde zur „Staatsschuldenkrise“. Auch hierfür gilt: Durch das Handeln der verschiedenen Akteure – Staaten, internationale Finanzinstitutionen – konnte das Schlimmste verhindert werden, aber die angewandten Rezepte erscheinen nicht geeignet, um zu einer soliden, dauerhaften Stabilisierung der internationalen Wirtschaftsordnung beizutragen. Dabei ist von der Abwendung der Folgen der vielerorts durchgesetzten Sparpolitiken mit gravierenden Folgen für die Verarmung von Gesellschaften („Austeritätspolitik“) noch gar nicht die Rede.

Spätestens mit der Finanzmarktkrise 2008 ist der Neoliberalismus in wachsenden Legitimationsdruck geraten. Seine Begründungsschwierigkeiten veranlasste selbst konservative oder liberale Publizisten zu der Frage, ob die Linke mit ihrer Gesellschaftskritik nicht doch Recht habe. Aber heute muss man feststellen: Die Macht der Finanzmärkte scheint ungebrochen, die Reformen, zu denen man sich genötigt sah, laufen auf einen Casino-Kapitalismus nach etwas enger gefassten Regeln hinaus. An eine wirkliche Umverteilung ist nicht gedacht, auch wenn die schreiende Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen weiter anwächst. An der rigiden Sparpolitik soll innerhalb der EU festgehalten werden, auch wenn damit die Gefahr besteht, die wieder angezogene Konjunktur abzuwürgen.

Vor allem in den von der Krise am meisten gebeutelten Ländern hat sich kräftiger Widerspruch geregt, wurden Generalstreiks ausgerufen, gingen die Menschen auf die Straße. Mit diesem Widerstand konnten einige Modifikationen der Reformen von oben erreicht werden, er ist aber noch lange nicht stark genug, um den notwendigen Richtungswechsel herbeiführen zu können. Das neoliberale Regime ist in einer Legitimationskrise, aber noch lange nicht am Ende.

Die Linksverschiebungen, die wir in den letzten fünfzehn, zwanzig Jahren in Lateinamerika erleben, sind ein wichtiger Ausdruck dieser Legitimationskrise und Schwächung des Neoliberalismus. Sie haben in erster Linie durch ihre enger werdende Kooperation untereinander die extreme Abhängigkeit von der Führungsmacht beseitigt und begonnen, sich mehr und mehr auf eigene Füße zu stellen. Die Armut konnte z.T. erheblich reduziert werden, ohne dass die krasse Ungleichverteilung des Reichtums bisher aufgehoben wird. Neue Formen gesellschaftlicher Teilhabe werden erprobt (Bürgerhaushalte und andere Formen direkter Demokratie usw.), ein neues ökologisch sensibles Bewusstsein (buen vivir) beginnt sich herauszubilden, dass den Weg zu neuen alternativen Entwicklungspfaden bahnen könnte. Dennoch bleiben diese Staaten und ihre Zusammenschlüsse (ALBA, Mercosur etc.) v.a. wegen der fragilen Lage in Wirtschaft und Politik zu schwach, um die internationalen Kräfteverhältnisse deutlich nach links verschieben zu können. Eine Zeitlang fand die Vorstellung Verbreitung, unter der Führung von Hugo Chavez würde in Venezuela das Modell eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ geschaffen, das überregionale Ausstrahlung entwickeln könnte. Durch die Zuspitzung der inneren Widersprüche und den Folgen die dies für die dortige Machtausübung hatte, ist indes deutlich geworden, dass von einem solchen Modell trotz aller sozialpolitischen Errungenschaften nicht die Rede sein kann. Die internationale Solidarität mit den Versuchen, sich aus alten Abhängigkeitsverhältnissen zu befreien und sozialere Entwicklungen zu beginnen, bleibt davon unberührt.

Globale Machtverschiebungen

a) Der relative Niedergang der Supermacht USA

Der Niedergang der USA ist kein Vorgang, der am 11. September 2001 begann. Und er hat eine politische und eine ökonomische Seite. Die USA hatten das britische Empire spätestens am Ende des 1. Weltkrieges abgelöst und waren zur führenden wirtschaftlichen Macht des 20. Jahrhunderts aufgestiegen. Ihre auch politisch dominante Rolle nach 1945 stützte sich auf diese Tatbestände einer starken, ebenso innovativen wie expansiven Industrie und auf das von ihnen verkörperte Leitbild einer freien, auf allgemeinen Wohlstand gründenden Lebensweise (Fordismus). Und Hollywood lieferte die dazu passenden Bilder. Aber als Siegermacht des 2. Weltkrieges konnten sich die USA freilich auch auf die Macht der Gewehre stützen. Und das taten sie in ihren Militärinterventionen zur Festigung ihres Einflussbereichs zur Genüge. Doch damit war der Weg zur „Überdehnung der Macht“ vorgezeichnet, die am Beginn dieses Niedergangs stand. Vor allem Japan und Westeuropa, die kapitalistischen Konkurrenten die diese imperiale Belastung nicht oder nicht in diesem Ausmaße hatten, profitierten davon und konnten wirtschaftlich erheblich aufholen.

Der Abstieg der US-Ökonomie

Die USA wirkten in der Nachkriegszeit als „integrale Macht“ im Rahmen der westlichen Staatengemeinschaft. Darunter ist die Fähigkeit einer Nation zu verstehen, über Wirtschaftswachstum, die bestimmenden Produktionsweisen, über das Setzen der Verhaltensregeln in den internationalen Wirtschaftsinstitutionen, nicht zuletzt auch über die kulturelle Ausstrahlung, den eigenen Einflussbereich zu sichern und integrierend zu wirken; salopp gesagt: den Laden zusammenzuhalten (Bieling 2011). Seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts ist zu beobachten, wie diese „integrale“ Hegemonie der USA in die Krise geraten ist. Die USA haben auf diese veränderte Lage in der Weise reagiert, die darauf gerichtet war, den eigenen Vorteil in den Wirtschaftsbeziehungen rigoros zu suchen. Unter Nutzung ihrer starken Stellung in den Wirtschafts- und Finanzbeziehungen – Dollar als unumstrittene Leitwährung, die überragende Rolle der WallStreet auf den Finanzmärkten – war ihre Politik darauf ausgerichtet, riesige Kapitalmengen von außerhalb in den eigenen Finanzsektor zu leiten (Hochzins-Politik). Damit sollte das wachsende Leistungsbilanzdefizit (man musste mehr Waren und Güter importieren als man exportieren konnte) einigermaßen ausbalanciert werden. Dies ging lange Zeit gut. Zumal in der Clinton-Zeit der 90er des letzten Jahrhunderts zeitweilig erhebliche Überschüsse im Staatshaushalt erwirtschaftet werden konnten.

Seit dem Ende der 70er Jahre hatten die USA auch in Verbindung mit den internationalen Finanzakteuren auf die Liberalisierung der internationalen Kapital- und Warenmärkte gedrängt. Sie fanden dabei Unterstützung der Regierungen und Staaten in der entwickelten kapitalistischen Welt, die ihren exportorientierten Unternehmen ebenfalls Vorteile verschaffen wollten. Die Globalisierung wurde so von maßgeblichen Kräften in den USA in die Welt gesetzt. Heute scheint es die Ironie der Geschichte, dass dieser Prozess, in dessen Rahmen ja auch der Aufstieg der asiatischen Staaten gesehen werden muss, maßgeblich dazu beigetragen hat, die Gestaltungsmacht der USA zu schmälern.

Dazu gehört nicht nur der atemberaubende Aufstieg Chinas, Indiens und der anderen südostasiatischen Staaten, die mit gezielter staatlicher Wirtschaftspolitik sich, ohne den Schutz der eigenen Wirtschaft zu vernachlässigen, für die Globalisierung öffneten und sich deren Vorteile zu Nutze machen konnten. Das Dollar/Wall-Street-Regime der USA konnte lange Zeit die strukturellen Problemen der US-Wirtschaft überlagern und verdecken, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Landes durch eine weitreichend marode Infrastruktur und durch fehlende staatliche Investitionen zur Verbesserung der

Bedingungen der Kapitalverwertung in der Industrie, immer mehr eingeschränkt wurde. Das doppelte Handicap – Haushaltsdefizite/Verschuldung und die Leistungsbilanzdefizite – das die USA schon lange mit sich herumschleppten, wurde in dem Moment zum Problem, als die letzte der zahlreichen Krisen, die durch die Freisetzung der Finanzmärkte mit bewirkt wurden, 2008 die USA selber und extrem hart traf. Das Platzen der Spekulationsblasen im Immobilien- und Finanzmarktbereich deckten auf, auf welch tönernen Füßen, die trotz vorheriger Krisen ungebrochene Wachstumseuphorie stand. Welche Wirkung die dadurch ausgelöste Explosion des Haushaltsdefizits hatte, konnten wir in den letzten Jahren studieren: Der Staat stellte zeitweilig seine Dienste ein, Ausgaben wurden pauschal zusammengekürzt und in den nächsten Jahren sind weitere Streichungen in großem Maße zu erwarten. Auch wenn dadurch die Haushaltskrise unmittelbar abgewendet scheint, kann davon ausgegangen werden, dass die Krise des US-Staates weitergehen wird. Dazu gehört nicht zuletzt, dass der bisherige Mechanismus, sich Reichtum anderweitig zu borgen, nicht so ohne weiteres weitergehen wird. Er hatte zwar schon bisher die negative Folge hatte, dass sich die USA von ausländischen Gläubigern, nicht zuletzt chinesischen Banken, abhängig machten, aber das schien verkräftbar – weil ja wechselseitige Abhängigkeiten daraus entstanden. Mittlerweile existieren mit dem Euro (der freilich auch kriselt) und perspektivisch auch dem chinesischen Renminbi alternative Währungen, in denen Geld angelegt werden kann, über die internationale Transaktionen abgewickelt werden können und auch in zunehmendem Maße werden.

China ist mittlerweile dabei, an den USA vorbeizuziehen und alle Fachleute gehen davon aus, dass China die USA in diesem Jahrhundert als stärkste Wirtschaftsmacht ablösen wird. Auch Ländern wie Indien wird mittelfristig ein Sprung ganz nach vorn zugetraut. Die Obama-Regierung hat mit großer Mühe versucht, der Verschlechterung der wirtschaftlichen Kennziffern entgegenzuwirken. Durch groß angelegte Investitionsprogramme sollte nicht nur die Konjunktur stimulieren werden, sondern auch eine umfassendere Erneuerung der Infrastruktur und der Wirtschaft eingeleitet werden. Doch durch anhaltende Obstruktionspolitik der Konservativen, die unter dem Druck der ultrareaktionären TeaParty eine z.T. aggressive Entstaatlichungspolitik verfolgen, wird dieser Modernisierungsansatz erheblich blockiert. So kann die nötige Re-Industrialisierung nicht gelingen. Aber auch die von den Republikanern bevorzugten protektionistischen Lösungen sind keine realistische Option für die USA mehr. Daher ist es völlig offen, wohin der Weg des Landes führt.

Die USA als politisch-ideologische Führungsmacht

Zur Politik: Die USA haben die Welt nach dem 2. Weltkrieg dominiert – bis auf den Teil der Erde der sich unter sowjetischer Führung als „sozialistisches Lager“ verstand. Dieser Gegensatz zwischen dem „Westen“ und dem „Osten“, zwischen zwei ideologischen Antipoden, zwei hochgerüsteten Militärblöcken bestimmte denn auch die Internationale Politik über mehrere Jahrzehnte. Diese „Systemkonkurrenz“ war im Übrigen ein wichtiges Element, das das erdrückende Übergewicht der USA innerhalb der kapitalistischen Welt sicherte. Mit ihren Atomwaffen und ihrem Militärpotenzial galten sie als der Garant dieser Ordnung. Aber die dafür für notwendig erachtete überdimensionierte Rüstung, und die Kosten der im Rahmen dieser Machtordnung exekutierten Militärinterventionen (siehe Vietnam-Krieg) hatten ihren Preis. Der US-Historiker Paul Kennedy sprach in seinem aufsehenerregenden Buch über den „Aufstieg und Fall großer Mächte“ (Kennedy 1988/2000). von einem „imperial overstretch“, der unweigerlich dazu führen müsse, dass sich die absolute Dominanz der USA nicht länger aufrechterhalten lasse. Kennedy schien durch die Auflösung des Warschauer Vertrages 1989/90 gründlich widerlegt. Die USA waren als einzige Supermacht übrig geblieben. Der ohnehin zum Chauvinismus neigende Teil der US-Elite träumte von einem Empire, größer und mächtiger als das Römische Reich und auf Dauer gestellt. Der „unipolare Moment“, ja die „unipolare

Ära“, wurden ausgerufen, in Präsidenten-Direktiven wurde es zum Ziel US-amerikanischer Außenpolitik erklärt, das Entstehen von potenziellen Konkurrenten im Keim zu ersticken.

Und für einen kurzen historischen Moment schien es tatsächlich so, als sei die einzige Weltmacht in der Lage, sich die Gunst der Stunde zu Nutze machen zu können. Der Versuch, den Status einer politischen und ideologischen Supermacht noch auszubauen, schien in den neunziger Jahren zu funktionieren.

Nachdem die EU im Pulverfass Balkan mitgezündelt hatte und sich zusammen mit der UN (deren Schwäche allerdings durch die US-Regierung mit herbeigeführt wurde) als unfähig erwies, den dortigen Kriege ein Ende zu setzen, intervenierten die USA auf Seiten der antiserbischen Koalition und erzwangen einen „Friedensschluss“ der bis heute allerdings nicht zu einer stabilen Lösung in Bosnien, dem am meisten umkämpften Land, und darüber hinaus, geführt hat. Sie waren die treibende Kraft für den Luftkrieg der NATO gegen Jugoslawien auf der Seite der kosovo-albanischen Sezessionsbewegung 1999 und unterstrichen auch dadurch ihre Selbstzuschreibung als ordnende und bestimmende Macht. Interessanterweise löste der Jugoslawien-Krieg, zu dem sich die NATO selbst mandatierte, eine bis dahin unbekannte Dynamik in der Entwicklung einer eigenständig(er)en Außen- und Sicherheitspolitik der EU aus. Die EU ging nunmehr daran, gemeinsame Rüstungsziele (Headline Goals) aufzustellen, eigene militär-politische Beratungs- und Entscheidungsstrukturen wurden aufgebaut. Der Einstieg in autonome, von den USA getrennte Militäroperationen, war damit angebahnt.

Doch dass der Versuch der USA, ihre einzigartige Macht zu befestigen, ins Gegenteil umschlug, zeigte sich erst in den beiden folgenden großen Militärinterventionen. Die Terroranschläge gegen die USA am 11. September 2001 schien der damaligen US-Regierung unter George W. Bush und den ihn umgebenden Neokonservativen (Neocons) ein willkommener Anlass, um die Sonderrolle der USA in der Welt zu beweisen und festzuschreiben. Durch den militärischen Sturz des Taliban-Regimes in Afghanistan 2001 und der Besetzung des Irak 2003 sollte der Welt nicht nur gezeigt werden, dass die USA bereit und in der Lage seien gegen alle Bösewichte dieser Erde („Die Achse des Bösen“) durchzugreifen, nein, sie beanspruchten auch den Rang einer Macht, die auf Bajonette gestützt eine ganze Großregion neu ordnen könnte. Diese Versuche scheiterten; die Hybris der Macht schlug auf die USA selbst zurück. Dazu haben nicht zuletzt die horrenden Aufwendungen geführt, die für diese Kriege getätigt werden mussten. Der bekannte US-Ökonom Joseph Stiglitz hat allein für den Irak-Krieg die astronomische Summe von 3 Billionen Dollar veranschlagt (vom Beginn der Kriege bis zu den Langzeitfolgen, wie Versehrtenrente, Wiederaufbau etc.). Afghanistan und der schändliche Umgang mit den vermeintlichen oder tatsächlichen Terroristen im „System Guantanamo“, die Rechtfertigung barbarischer Foltermethoden, der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen den Irak mit seinen Begleiterscheinungen wie Abu Ghraib, demolierten das Image einer Nation, die sich gerne als Vorkämpfer von Demokratie, Recht und Freiheit inszeniert und daraus das Recht zu globaler Intervention ableitet. Auch der von Präsident Bush dem Jüngeren geprägte Satz „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“, musste vor dem Hintergrund abenteuerlicher Alleingänge zur wachsenden Entfremdung und Distanz selbst im westlichen Lager führen.

Übriggeblieben ist das überragende militärische Potenzial der Vereinigten Staaten, dessen praktischer Nutzen aber nach dem Debakel im Irak und des Nicht-Sieges in Afghanistan relativiert werden muss. Dieses Arsenal und das weltweite Stützpunktsystem bilden dennoch das Rückgrat sog. globaler „Machtprojektion“. Mit anderen Worten: Den USA bleibt gleichwohl ein Droh- und Pressionsfaktor, der in Krisen eingesetzt werden kann und der internationale Abhängigkeits- und Unterordnungsverhältnisse konstituiert. Wie wir in den letzten Jahren sehen konnten, sind die

„jeweiligen Durchgriffmöglichkeiten“ überaus begrenzt. Trotz Besetzung des Irak konnten die USA nicht die Politik des Landes bruchlos in ihrem Sinne steuern. Das galt für die Zeit nach dem Abzug der Truppen erst recht. Auch die massive Militärpräsenz in Afghanistan und der Einsatz militärischer Mittel in Pakistan hatten nur eingeschränkte Wirkungen auf die jeweiligen Länder bzw. Regionen. Im Nahen Osten haben sich die USA lange Zeit vergebens um eine Friedenslösung zwischen Israel und den Palästinensern bemüht. Das mag man auch einem verfehlten Politikansatz zuschreiben, Tatsache ist, dass die örtlichen Akteure sich wenig geneigt zeigten, die US-Vorschläge in irgendeiner Weise aufzugreifen.

Allerdings sollte, wenn vom Niedergang des US-Empire die Rede ist, das Beiwort „relativ“ betont werden. Noch immer wollen Menschen aus allen Kontinenten in dieses Land einwandern, noch immer bestimmt die Filmindustrie in Hollywood was wir in den Kinos weltweit sehen. Aber noch wichtiger: Noch immer bestimmen US-amerikanische Unternehmen was im Netz der Netze – dem Internet – läuft und was nicht. Und das ist von strategischer Bedeutung. Nicht zuletzt wenn dieses Monopol, in Verbindung mit geheimdienstlicher Spionage zu einer scharfen Waffe im internationalen Konkurrenzkampf wird.

Die amerikanische Soziologin, Susan Strange, spricht in diesem Zusammenhang von „strukturnaler“ Macht, die von „relationaler“ Macht zu unterscheiden sei. Während es bei der relationalen Macht um die Fähigkeit gehe, unmittelbar gegenüber Personen, Regierungen usw. Macht auszuüben, diesen, den eigenen Willen aufzuzwingen, spiele bei der strukturalen Macht die Möglichkeiten von Regierungen (Machthabenden) Entscheidungsprozesse in den wichtigen Strukturen/Institutionen indirekt zu steuern, die entscheidende Rolle. Daher komme es auch nicht ausschließlich darauf an, welche Ressourcen eine Macht unmittelbar mobilisieren kann, um ihre Interessen oder Werte durchzusetzen. Von größerer Bedeutung sei die Fähigkeit einer Großmacht in den Internationalen Beziehungen bzw. den transnationalen Einrichtungen Prozesse zu steuern, zu strukturieren und in eine gewünschte Richtung zu lenken. Diese Fähigkeit der Strukturierung basiere natürlich auch auf (polit-ökonomischen) Machtunterschieden und Machtungleichgewichten, aber es könne ausreichen, wenn diese Macht in Schlüsselsektoren über einen erheblichen Vorsprung verfüge, wie eben bei der Rüstung oder im IT-Sektor. Sie könne ihre Kraft aber auch aus den Möglichkeiten eines Landes ziehen, über Netzwerke aller Art (Medien, Kultur, Zivilgesellschaft, transnationale Konzerne) Einfluss in den relevanten internationalen Einrichtungen zu nehmen, und dabei Allianzen mit anderen Staaten und Staatengruppen zu bilden usw.

Dass eine solche Methode der Politikanalyse eine äußerst fruchtbarer Ansatz ist, dürfte klar geworden sein. Was die strukturelle Macht angeht, sollte man die USA wahrlich nicht unterschätzen. Diese Form der Machtausübung wird nicht nur in der NATO, oder den Internationalen Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank) und Wirtschaftsregimen (WTO) ausgeübt, sondern auch im Rahmen der UN und deren verschiedenen Agenturen. Trotzdem bleibt der relative Abstieg der USA für mich eine Tatsache, über deren Konsequenzen man sich Gedanken machen sollte!

Der große englische Historiker Eric Hobsbawm hat in seinen letzten Arbeiten es immer als das Grundproblem künftiger Weltentwicklung gesehen, wie die USA mit ihrem schleichenden Niedergang als Weltmacht Nr. 1 fertig werden. Seine Furcht gründete darin, dass das US-Imperium (im Unterschied zum britischen Empire) nicht wisse, was es mit seiner Macht und seinen Grenzen anfangen soll oder kann. (Hobsbawm 2003) Die Welt sei schließlich zu groß und zu kompliziert, um von einer Supermacht beherrscht zu werden, daher sei das Ende des „amerikanischen Jahrhunderts“ unabwendbar. Ganz ähnlich sieht das Robert Cox, der auf die Frage nach den größten Herausforderungen der internationalen Politik in der Zukunft sagt:

„I think the biggest challenge is the relative decline of the US in relation to the rest of the world and whether and how America will adjust to a world in which it can no longer presume to lead...“²

Die Weitsicht des von Paul Kennedy verfassten und 1987 veröffentlichten Buches über den Niedergang der großen Mächte, zeigt ein fast prophetischer Satz:

„Die Aufgabe, der sich amerikanische Staatsmänner in den nächsten Jahrzehnten stellen müssen, besteht also darin zu erkennen, dass breite Trends gegen sie arbeiten und dass die amerikanische Politik in einer Weise „gemanagt“ werden muss, welche die relative Abschwächung der amerikanischen Position nicht durch falsche Maßnahmen, die nur kurzfristige Vorteile bringen, beschleunigt.“ (Kennedy 2000, S. 785/786)

George W. Bush hätte besser dieses Buch gelesen und beachtet. Sein Kreuzzug gegen den Terror hat genau diese Schwächung der USA auf rasante Weise bewirkt. Die Obama-Regierung versucht diesen Trends entgegenzuarbeiten. Obama hat bekräftigt, dass man die Mission der USA als einer besonderen Macht aufrechterhalten will. Die alte Führungsposition soll durch flexiblere Methoden der Machtprojektion („leading from behind“) und durch bessere Lastenverteilung im Atlantischen Bündnis verteidigt werden. Mit der Verlagerung der außenpolitischen Schwerpunktsetzung hin zum asiatisch-pazifischen Raum soll das Gewicht der neuen „Supermacht“ China begrenzt werden.

Schließlich soll die ökonomische Basis des Landes durch eine Mischung aus staatlicher Industriepolitik, gezieltem Protektionismus und offensiver Freihandelsorientierung wieder gestärkt werden. Aber um neue Zukunftsinvestitionsprogramme auflegen zu können, müssten die Einnahmen des Staates durch die längst überfällige und angemessene Besteuerung der Reichen verbessert und es müssten die exorbitanten Rüstungsausgaben noch erheblich mehr abgeschmolzen werden. Und die Neuverschuldung würde dennoch weiter hoch bleiben. Ob eine solche Politik mehrheitsfähig wäre, darf bezweifelt werden. Die Strukturkrise bleibt.

Nichtsdestotrotz beharrt US-Präsident Obama auf dem „American Exceptionalism“, der besonderen Rolle, die den Vereinigten Staaten von Amerika gottgewollt in der Welt zukomme. Viel spricht dafür, dass dies auch sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin so halten werden. Allerdings sind neue Akzente unverkennbar. In seiner Redewendung von der notwendigen „Staatsbildung im eigenen Hause“ statt in Übersee, kommt zum Ausdruck, dass er die innere Stärkung des Landes für prioritär und die globalen militärischen Unternehmungen für weniger wichtig hält. Hier setzt er auf mehr und effektivere Arbeitsteilung gerade innerhalb der NATO. Die USA sollten dabei dazu übergehen, mehr aus der „zweiten Reihe“ führen.

In seiner traditionellen Rede zur Vereidigung der Rekruten in der Militärakademie West Point³ hat Barack Obama Elemente genannt, wie die USA ihrer Führungsrolle unter veränderten Bedingungen gerecht werden könnten:

² Theory Talks #37: Robert Cox on World Orders, Historical Change and the Purpose of Theory in International Relations, unter: www.theory-talks.org. Cox, Politikwissenschaftler aus Kanada, lange Jahre Direktor des Internationalen Instituts für Arbeitsfragen bei der ILO in Genf, em. Professor an der York Universität in Toronto, lieferte grundlegende Beiträge zur Etablierung der Internationalen Politischen Ökonomie.

³ Remarks by the President at the United States Military Academy Commencement Ceremony, 28. Mai 2014, www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/05/28.

Man brauche *Partner vor Ort*, um den terroristischen oder anderen Bedrohungen entgegenzutreten zu können. Diese gelte es zu stärken.

Man müsse spezifischen Herausforderungen durch die *Bildung von Koalitionen* begegnen. Die NATO steht für ihn dabei immer noch an erster Stelle.

Amerika soll *durch Beispiel führen*. Dies verlange, dass man sich den gleichen Regeln wie die Anderen unterwerfe. Was die Besonderheit der USA ausmache, sei nicht ihr Vermögen, internationale Normen zu zerstören, sondern im Gegenteil ihre Entschlossenheit, diese durch Taten zu bekräftigen.

Last not least: Die Bereitschaft, sich *für die menschliche Würde* einzusetzen. Die USA müssten weiter bereit sein, den Menschen zu helfen, die sich tyrannischen Regime gegenübersehen und für die Demokratie kämpfen.

Man braucht nicht allzu viel Geschichtskennntnis, um zu sehen, dass zwischen gefälliger Propaganda und tatsächlichem Handeln Welten liegen können. Aber immerhin interessant, dass der US-Präsident zu der Erkenntnis gezwungen ist, dass sich die Welt immer schneller ändere und man seine Politik anpassen müsse. Die Konkurrenz werde härter und die aufstrebenden Länder bestünden auf einem Mehr an Mitsprache in den globalen Foren, so Obama in West Point. Und, als ob er die Thesen von Susan Strange rezipiert hätte, verweist er in seiner Antwort auf diese neuen Herausforderungen, auf die Fähigkeiten der USA, Strukturen zu formen und zu gestalten, die dem Frieden, dem Fortschritt und natürlich, dem amerikanischen Interesse zu dienen. Es sei diese besondere Fähigkeit gewesen, die zum Aufbau von UNO, NATO, Weltbank und IWF beigetragen hätten und in dieser Hinsicht müssten sich die USA erneut bewähren und mithelfen, diese Strukturen der neuen Zeit anzupassen. Dass er dabei auch solche Einrichtungen wie die G 20 meint, ist anzunehmen. Wie weit er gehen will und gehen kann, die Außenpolitik der USA zu reformieren, ist nicht leicht zu beantworten. Aber tiefe Skepsis ist angesichts der inneren Widersprüche und der komplizierter werdenden außenpolitischen Gemengelage (siehe Ukraine-Krise) angesagt.

b) Pluralisierung der Machtzentren

Der Aufstieg Chinas

Dass die Globalisierung zu erheblichen Machtverschiebungen und Umbrüchen geführt hat, ist unstrittig. Manche dieser Veränderungen werden absehbar weitergehen. Aber diese Trends schlicht fortschreiben zu wollen, wäre vermessen. Sicher, there is no way back für eine singuläre Führungsmacht. Auch eine neue G-2-Konstellation – USA vs. China – würde Einiges vereinfachen, ist aber unwahrscheinlich. Dass die vor uns liegende Zeit einen weiteren Machtverlust der USA mit sich bringen wird, wurde hier prophezeit. Viel spricht dafür, dass wir den weiteren Aufstieg Chinas zur stärksten Weltwirtschaftsmacht erleben werden. Und das in einer historisch gesehen einmaligen Zeitspanne. Der jetzige Aufstieg Chinas in einer engeren Perspektive als Welthandelsmacht begann vor etwas mehr als dreißig Jahren!) Aber schon mit einer solchen Annahme könnte man schief liegen. China verdankt seinen Aufstieg einem guten Mix aus extensiv und zugleich intensiv erweiterter Reproduktion, einer Mischung aus Weltmarktöffnung und Protektion. Geht diese Phase jetzt ihrem Ende entgegen? Das beeindruckende Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte wird nicht fortgeschrieben werden können. Und die immer stärkere Einbeziehung der chinesischen Ökonomie (als Export – und Importnation!) in den Weltmarkt, die Verflechtungen mit den Ökonomien der USA, Europas, Ostasien, aber auch Afrikas, machen das Land auch krisenanfälliger. Man wird sich davon

nicht mehr in bisherigem Maße abgrenzen können. Was bedeutet dies für die sozialen Widersprüche im Land, die sich heute schon in Auflehnung und vermehrten Streikaktionen äußern? Neue Klassenverhältnisse haben sich herausgebildet, die durch ein Bündnis von Wirtschaftseliten und politischer Klasse (Staatspartei und Militär) zusammengehalten werden (Deppe 2014). Das Regime scheint stabil, auch wegen seines relativ flexiblen Umgangs mit der westlich-demokratischen Herausforderung. Aber dieser Konflikt bleibt ungelöst. International stellt sich China gegen die Willkür der internationalen Finanzmärkte, die Dominanz US-amerikanischer Außenpolitik, will dass die Staaten ihren jeweiligen nationalen Entwicklungsweg gehen und engagiert sich für eine pragmatische Innovations- und Modernisierungsstrategie, die in der Entwicklungspolitik ohne Auflagen und Vorschriften auskommen will (Beijing-Konsensus). Aber auch hier liegen die Widersprüche offen zutage. Das riesige Volumen chinesischer Kapitalanlagen in den USA bietet den USA die Möglichkeit, sich hoch zu verschulden und ist für China die Rückversicherung, um in wenigen Jahren die Altersversorgung einer rasch alternden Gesellschaft gewährleisten zu können. Der Abhängigkeit der Schuldner entspricht die Abhängigkeit der Gläubiger. Darin liegt durchaus Tröstliches: Beide Seiten können sich eine entfesselte Konfrontation nicht leisten.

Dass die chinesische Politik den Ländern des „Südens“ mehr Spielräume eröffnet, ist seit einiger Zeit bekannt. China lockt mit günstigen Krediten und erheblichen Direktinvestition, die nicht an politisch motivierte Auflagen gebunden sind. Was den vermeintlich Altruismus Chinas im Rahmen des Beijing-Konsenses betrifft, so haben namentlich die afrikanischen Staaten die Erfahrung machen müssen, dass die chinesischen Direktinvestitionen mit chinesischen statt einheimischen Arbeitskräften auch eigenständige Entwicklung hemmen und die Legitimation des jeweiligen Staates untergraben kann. Der unermessliche Rohstoffhunger Chinas hat sich auch nicht als Garant dafür erwiesen, dass ein Teil der Einnahmen aus diesem Geschäft in die Kasse der Entwicklungsländer fließt. Von den Umweltzerstörungen der Extraktionswirtschaft ganz zu schweigen, für die sie in erster Linie selber aufkommen müssen. Ob sich also auf Dauer ein attraktives Entwicklungsmodell „China“ etablieren kann, das sozial-kulturell eine echte Alternative zum „westlichen Kapitalismus“ darstellen würde, darf bezweifelt werden. Und dass Teile der Wirtschafts- und Politikeliten im der westlichen OECD-Welt vom staatskapitalistischen Virus infiziert werden könnten, erscheint etwas weit hergeholt. Sicher, mit der autoritären Parteiherrschaft mögen manche Parteiführer und Wirtschaftsbesitzer im „Westen“ durchaus punktuell liebäugeln, für die übergroße Zahl der Menschen in den parteidemokratisch verfassten Gesellschaften dürfte eine solche Herrschaftsform kein Objekt der Begierde sein.

Neue Machtkonstellation: BRICS

Bezogen auf die internationalen Machtverhältnisse kann zumindest eine klare Aussage gemacht werden: Wir befinden uns auf dem Weg zu einer multipolaren Welt, deren Ordnungsprinzipien indes höchst unklar sind. Denn hinter China folgen andere Neuaufsteiger, wie Indien oder Brasilien, die bereits regionale Vormachtstellungen beanspruchen und weltpolitisch aktiv sind. Mit dem Staatenverbund BRICS – Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika - ist 2006 (Südafrika stieß 2011 dazu; in diesem Jahr fand auch der erste BRICS-Gipfel in Jekaterinburg/RUS statt) ein loses Staatenbündnis entstanden, das bereits heute Einfluss nimmt und potenziell ein beträchtlicher globaler Machtfaktor werden kann. Die BRICS-Staaten repräsentieren ca. 43% der Weltbevölkerung und ihr Anteil an der globalen Wirtschaftsproduktion beträgt ungefähr 20 Prozent. Diese Staatengruppe bildet seit mehreren Jahren ein Politisches Dialogforum, über das sie ihr Vorgehen in den internationalen Institutionen (UN, Weltbank, IWF, WTO, Gipfelkonferenzen usw.) abstimmen. Wie weit man sich dort auf gemeinsame Initiativen bzw. Positionen einigen konnte, wissen wir nicht

genau. Aber dass sich daraus ein Gegengewicht zur Übermacht der bisher von den USA, Westeuropa und Japan dominierten Gremien und Institutionen ergibt, liegt auf der Hand. Inzwischen sind die BRICS-Staaten auch über die Koordination ihrer Diplomatie hinaus und beginnen, operativ tätig werden. Mitte Juli 2014 haben sie die Gründung einer eigenen Entwicklungsbank und eines eigenen Währungsfonds beschlossen. Die Bank soll mit einem Startkapital von 50 Milliarden Dollar (36,7 Mrd. Euro) ausgestattet, in den Währungsfonds sollen 100 Milliarden Dollar eingespeist werden. Mit diesem Kapital sollen Entwicklungsprojekte in den BRICS-Ländern und angrenzenden Regionen finanziert werden. Das ist ohne Zweifel eine klare Kampfansage an Weltbank und IWF, die eine neue Dynamik in den globalen Wirtschaftsbeziehungen entfalten kann. Und diese Art der Formalisierung bzw. Operationalisierung des Bündnisses hat Konsequenzen. Die Zusammenarbeit wird verbindlicher und ernsthafter.

BRICS sei ein Spuk, haben westlichen Kommentaren schon mal gemutmaßt. Weit gefehlt. Einen Vorgeschmack darauf, wie BRICS bzw. die bilateralen Beziehungen dieser Staatengruppe untereinander die Welt verändern, bot die Ukraine-Krise. Als dem russischen Staatspräsidenten Putin mit wirtschaftlichen Sanktionen gedroht wurde, die auch die russischen Öl- und Gasgeschäfte betreffen würden, besiegelt Putin in Peking ein schon länger verhandeltes Energieabkommen, das Gaslieferungen an China in einem Umfang von 400 Mrd. Dollar (auf einen Zeitraum von 30 Jahren verteilt) vorsieht. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass BRICS schon heute ein Machtfaktor ist, dann wurde er hier geliefert.

Aber es gilt nüchtern zu bleiben. Für BRICS aber auch den Shanghai Kooperationsrat gilt, dass es erhebliche Ungleichgewichte gibt – China ist dominant – dass unterschiedliche Interessen und Politiken bisher immer wieder ein geschlossenes Auftreten verhindert haben. Es würde in die Irre führen, schon heute von einem neuen Machtblock zu reden. Und welches Gewicht die Allianz global und in der absehbaren Zukunft einbringen wird, ist offen. Die aktuellen Daten deuten eher auf Abschwächung des Wachstums, Verschärfung der Probleme (Arbeitslosigkeit!) und strukturelle Krisen hin - besonders in Russland und Brasilien. Und welche Folgen beispielsweise die Politik der neuen indischen Regierung unter Narendra Modi haben wird, der auf die Forcierung des neoliberalen Entwicklungsmodells (Privatisierung, De-Regulierung) setzt, kann nur vermutet werden.

Aber es gilt nüchtern zu bleiben. Für BRICS aber auch den Shanghai Kooperationsrat gilt, dass es erhebliche Ungleichgewichte gibt – China ist dominant – dass unterschiedliche Interessen und Politiken bisher immer wieder ein geschlossenes Auftreten verhindert haben. Es würde in die Irre führen, schon heute von einem neuen Machtblock zu reden. Und welches Gewicht die Allianz global und in der absehbaren Zukunft einbringen wird, ist offen. Die aktuellen Daten deuten eher auf Abschwächung des Wachstums, Verschärfung der Probleme (Arbeitslosigkeit!) und strukturelle Krisen hin - besonders in Russland und Brasilien. Und welche Folgen die Politik der neuen indischen Regierung unter Pradesh Moda haben wird, der auf die Forcierung des neoliberalen Entwicklungsmodells (Privatisierung, De-Regulierung) setzt, kann auch nur vermutet werden.

Um es zusammenzufassen:

BRICS wird der Süd-Süd-Kooperation neue Impulse verleihen, aber es ist davon auszugehen, dass diese Zusammenarbeit eher selektiven Charakter haben wird. Sie dürfte einerseits Entwicklungsschübe zumal in den rohstoffreichen Ländern des „Südens“ begünstigen, kann andererseits aber dazu führen, dass die soziale Spaltung innerhalb dieser aufstrebenden Gesellschaften und die Spanne zwischen den Gewinnern und Verlierern der Globalisierung in der vormaligen Dritten Welt noch größer wird. Die „unterste Milliarde“ droht weiter abgehängt zu werden. Die deutsche Außenpolitik tut daher gut daran,

nicht nur den wirtschaftlichen Vorteil in der Kooperation mit „den neuen Gestaltungsmächten“ (Bundesregierung 2012) zu suchen, sondern die Regionen zu bedenken, in denen die Ärmsten der Armen leben.

Auf der Positivseite von BRICS ist zu verbuchen, dass die Allianz für inklusiven Multilateralismus und - cum grano salis – auch für Globale Umverteilung steht. Sie wollen durchsetzen, dass endlich anerkannt wird, dass es in der Welt – neben den kapitalistischen Industrieländern – Staaten mit eigenen Entwicklungsbedürfnissen gibt (Mallavarapu 2013). Und damit ist das Thema „Globale Gerechtigkeit“, das in den siebziger Jahren als Streit um die Neue Weltwirtschaftsordnung prominent war, wieder stärker auf die Tagesordnung gesetzt.⁴

BRICS setzt auf nachholende Entwicklung. Das kann und wird durchaus mit den globalen Erfordernissen des ökologischen Umbaus konfliktieren können. Das lässt sich in allen BRICS-Ländern zeigen: Der Raubbau an der Natur ist in all diesen Ländern beträchtlich, alle halten beharrlich an fossilen Energieträgern fest und reproduzieren die Entwicklungsmuster der am meisten fortgeschrittenen Länder in Nordamerika oder Westeuropa. Das heißt aber auch, dass die Anstöße zur globalen ökologischen Erneuerung umso mehr aus den Zivilgesellschaften kommen müssen!

c) Die neue Weltordnung: Konflikt und Kooperation

ES wäre nicht ungewöhnlich, wenn die Entstehung einer neuen Weltordnung mit vielen Reibungen, Konflikten, Ungewissheiten verbunden wäre. Die große Wirtschaftskrise 2008/2009, die Kriege in Nahost, der Konflikt um die Ukraine haben denn auch viele Menschen besorgt gemacht, dass diese Welt „aus den Fugen geraten könnte“. Diese Ängste sind nicht ganz unberechtigt.

Mächte verteidigen zäh ihre Privilegien, die Konkurrenzkämpfe um die Fleischtöpfe werden härter, „Ordnung“ garantierende Strukturen lösen sich auf, ohne dass sich schon neue Hierarchien und Institutionen herausgebildet hätten usw. usf. Wenn wir uns jetzt die deutlich zutage tretenden Konflikte um die knapper werdenden Rohstoffe und Ressourcen hinzudenken, ist man schnell bei einem globalen Krisenszenario angelangt, dass mit einem Mehr an Gewalt und Kriegen verbunden sein könnte. Diese extrem alarmierende Sicht wird von mir nicht geteilt. Die Zeit der unmittelbaren Kriege zwischen den hochindustrialisierten Ländern ist vorbei. Seit nunmehr 64 Jahren hat es keinen Krieg größerer Mächte untereinander mehr gegeben. Die Weltkriegserfahrungen scheinen zu wirken. Und der Preis, der zu zahlen wäre, ist angesichts moderner Waffentechnik auf der einen, die Verletzbarkeit moderner Infrastruktur auf der anderen Seite, noch viel höher geworden. Aber wird hier nicht von einem rationalen Kalkül ausgegangen, über das sich machtbesessene „Staatenlenker“ schon immer hinweg gesetzt haben? Auch das kann nicht kategorisch ausgeschlossen werden. Aber es ist äußerst unwahrscheinlich geworden - nicht zuletzt weil die ganz überwiegende Zahl der Menschen keine Kriege mehr will. Insofern hat die Hoffnung Immanuel Kants nicht getrogen, dass die Demokratisierung der Gesellschaft ein Gegengift gegen Kriegspolitik ist.

Die Gefahr ist, gerade mit Blick auf das neue Wettrüsten und die Territorialkonflikte in Fernost, dass Säbelrasseln immer noch zur Mächtekonkurrenz gehört. Immer mit dem Vorsatz, die Dinge unter Kontrolle zu behalten. Aber ist diese Vorstellung militärischer Eskalationskontrolle nicht schon oft

⁴ Insofern wird den Thesen Vijay Prashads (Prashad 2014) energisch widersprochen, der in BRICS nur einen „Neoliberalismus mit südlichem Antlitz“ erkennen kann. Das ist sachlich unrichtig. Vor allem aber übersieht Prashad völlig die dialektische Entwicklung, die sich aus der neuen Mächtekonfiguration ergeben kann.

genug schief gegangen? Das darf nicht vergessen werden. Umso wichtiger wird es sein, besonders in den Konfliktregionen vertrauensbildende Maßnahmen und Schritte zur Abrüstung einzufordern.

Was auch in den Zeiten der bipolaren Systemkonfrontation galt, wird weiterhin gelten: Stellvertreter-Kriege an der „Peripherie“ sind möglich. Der aktuelle Bürgerkrieg in Syrien, der von außen befeuert wird, gibt darauf einen Hinweis. Allerdings: Verglichen mit dem Beginn der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts ist die Zahl der innerstaatlichen Gewaltkonflikte nicht unerheblich gesunken. Sie bleibt seit einigen Jahren auf einem relativ hohen Niveau, nicht zuletzt weil der Beendigung bewaffneter Auseinandersetzungen in einem Land die Aufnahme neuer Kämpfe anderswo gegenübersteht. Dieser Zustand wird absehbar so lange anhalten, wie es nicht gelingt mit Hilfe der Vereinten Nationen kurzfristig wirkungsvolle Krisendiplomatie mit längerfristiger Bearbeitung der Konfliktursachen zu verbinden.

Der besorgte Blick auf die gewaltträchtigen Szenarien dieser Welt sollte nicht den Blick darauf verstellen, dass es auch Tendenzen der Kooperation in wichtigen Politikbereichen gibt, die hoffen lassen. Um nur wenige Beispiele zu nennen: Immerhin ist Syrien aber auch ein Indikator dafür, dass es das Bemühen der wichtigsten Akteure um kooperative, diplomatische Lösungen trotz alledem gibt. Und auch im Falle Syriens gab es punktuelle Zusammenarbeit, die den Weg zur Vernichtung des syrischen C-Waffenpotenzials frei machte. Die gemeinsame Verantwortung im Rahmen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ist dabei von zentraler Bedeutung. Daher kann hier die Antwort nur lauten, die Rolle der UN in jeder Hinsicht zu stärken.

Drei weitere Beispiele:

Beispiel 1: Als die russische Regierung am 2.8. 2007 die russische Flagge unter dem Nordpol hießen ließ, lag der Gedanke nicht fern, dass ein neuer imperialistischer Wettlauf um die Nutzung der Arktis zu wirtschaftlichen Zwecken eingeläutet sei. Und richtig ist, dass es bei dem anhängigen Streit über die Festlandssockelgrenzen der Anrainer-Staaten um Rohstoffgewinnung und –nutzung (nicht zuletzt Öl und Gas) im Polarmeer geht. Mit der künftig weitgehend eisfreien Nord-West-Passage wird dieses riesige Gebiet noch interessanter. Das konkurrenzgeleitete Denken gewinnt an Dynamik. Gleichzeitig hat sich die Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft im Rahmen des Arctic Rates, der 1996 gegründet wurde, erheblich ausgeweitet und vertieft. Die Anrainer gehören ihm ebenso an, wie die Organisationen der Ureinwohner. Aber inzwischen auch maßgebliche EU-Staaten, Indien, China u.a. als Beobachter. Dabei geht es um die Initiierung und Koordinierung der Umweltforschung, um Maßnahmen zum Schutz der ökologischen Grundlagen und künftig vermehrt auch um Übereinkünfte zum Abbau der polaren Bodenschätze.

Beispiel 2: Zwischen 1992 und 2002 erlebten die Welt blutige Kriege um die Rohstoffausbeutung in Westafrika. In mehreren Ländern tobten schlimme Bürgerkriege, in denen die sog. „Blutdiamanten“ eine überragende Rolle spielten. Rohstoffreichtum schien besonders in Afrika kein Segen sondern ein Fluch zu sein, Krieg und Gewalt begünstigend. Seitdem hat sich eine Menge getan. Zumindest die Bedingungen wurden verbessert, um in diesen Regionen aus dem Teufelskreis von hemmungsloser Ausbeutung, korrupter Regierungsführung und Gewalt herauszukommen. Mit der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI), auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg verabschiedet, mit der Entschließung der UN-Generalversammlung vom September 2008 und anderen Initiativen sollen die Geldströme bei der Förderung von Öl, Gas, Kohle etc. offen gelegt werden. Die Zivilgesellschaft soll damit eine Kontrolle darüber bekommen, welche Verträge überhaupt geschlossen wurden, wie viel Geld in die Taschen der jeweiligen Regierung geflossen ist und was mit diesem Geld geschehen ist. Viele Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen,

Weltbank und IWF und Staaten haben sich unter dem Druck der Weltöffentlichkeit EIFI angeschlossen, in über 40 Staaten soll diese Transparenzinitiative umgesetzt werden. Das Manko: EIFI ist freiwillig. Und: Den positiven Entwicklungen in diesem Bereich stehen immer wieder Versuche entgegen, eine solche Politik zu unterlaufen oder ihr entgegenzuwirken. Das gilt bspw. Für die Raw Materials Initiative der EU oder auch einzelne Partnerschaftsabkommen der EU mit Entwicklungsländern.

Beispiel Nr. 3: Noch vor kurzem wurde in der Öffentlichkeit immer mal wieder darüber spekuliert, wann denn nun der Luftangriff der USA auf den Iran beginnen würde. Mit Waffengewalt sollte das dortige Atomprogramm gestoppt werden. Mittlerweile sind die Verhandlungen relativ weit fortgeschritten, eine Einigung scheint zumindest möglich. Auch die aktuellen Verwerfungen im Irak und der Vormarsch islamistischer Milizen hat die Bereitschaft zu partieller Kooperation gestärkt. Der Prozess bleibt fragil, ist umkehrbar – aber er zeigt, dass eine solche Entwicklungsrichtung möglich ist.

Auch in der Wirtschaftskrise wurden Regulationszwänge überdeutlich. Die Erweiterung der G7-Staatengruppe zu G 20 im November 2008 war nachweisbar auch dadurch motiviert, die Entstehung der Staaten-Allianz BRICS abzuwenden, mindestens zu schwächen, aber auch dadurch, dass völlig klar war, dass Regulierungs- und Koordinierungsbemühungen ohne die sog. Schwellenländer unzureichend bleiben würden. Dass man bei der Kontrolle über die Finanzmärkte trotzdem nicht richtig weitergekommen ist, zeigt wie stark die Beharrungskräfte der kapitalistischen Konkurrenz sind. Welche Tendenz sich schließlich durchsetzen wird, wird in den innergesellschaftlichen und internationalen Auseinandersetzungen entschieden und hier gilt: Ende offen.

Aber, um dies noch einmal zu bekräftigen: Hintergrund der gegenwärtigen Umbrüche sind globale Krisen und globale Überlebensfragen. Dass sich in solchen Situationen Tendenzen der Entzweiung, der egoistischen Interessendurchsetzung zeigen, ist offensichtlich. Zugleich verstärken sich in hohem Maße Bedarfe, ja Zwänge zur Regulation und Kooperation. Zumal wir es heute mit einer relativ dichten Struktur an Institutionen, internationalen Verträgen und Diskussionsforen zu tun haben. Selbst wenn es sich dabei nicht durchgängig um internationale Regime in der Gesamtheit der Politikfelder zu tun haben, werden dadurch doch gewisse Verhaltensweisen begünstigt oder eben benachteiligt, entstehen Anreize zur regionalen bzw. globalen Kooperation. Es wäre ein schwerer Fehler, die Chancen für eine kooperativere, an Problemlösungen orientierte Welt zu übersehen. Und gerade daher ist es höchste Zeit, die UN und die anderen multilateralen Einrichtungen zu stärken.

d) Machtfaktor Europa? Die EU zwischen Integration und Desintegration

Der europäische Integrationsprozess ist, obwohl älteren Datums, inzwischen eingebettet in die sich ausbreitenden Tendenzen der Regionalisierung, die unverkennbar eine Reaktion auf den Prozess der Globalisierung sind. (Bieling 2013, Schirm 2013). Das mag auf den ersten Blick verwundern, legt doch die Globalisierung die Etablierung weltweiter Ordnungsstrukturen und Institutionen nahe. Und tatsächlich haben globale Einrichtungen wie die Weltbank, der IWF einen Bedeutungszuwachs erfahren, wurde die Welthandelsorganisation WTO ins Leben gerufen, existieren informelle (Welt-)Foren, wie das Davoser Wirtschaftstreffen. Die zunehmenden Verflechtungen zwischen Weltmarkt und den jeweiligen nationalen Volkswirtschaften haben aber offenkundig das Bedürfnis auf die Tagesordnung gesetzt, sich in diesem weltweiten Liberalisierungsprozess durch regionale Zusammenschlüsse behaupten zu wollen. Denn das ist die Eigenart dieses neuen Regionalismus, dass es nicht pauschal um neue Abschottung geht, sondern um die optimale Einpassung in den als

unabänderlich geltenden Prozess der Globalisierung geht. Allerdings spielt bei der Intensivierung regionaler Kooperation die Verteidigung eigener Interessen und Besonderheiten (!) durchaus eine Rolle. Ansonsten sollen die vermuteten Synergie-Effekte dieser Kooperation die eigene Position im globalen Wettbewerb stärken.

Das gilt besonders für die Europäische Union. Sie hat in ihrer Lissabon-Strategie im Jahre 2000 das Ziel verkündet, Europa innerhalb von zehn Jahren zum stärksten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt machen zu wollen. Wie weit Wunsch und Wirklichkeit auseinanderliegen können! Das war aber nicht nur der tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 geschuldet. Schon vorher war erkennbar, dass die EU-Integration fehlkonstruiert war – die Schaffung einer Währungsunion 2002 wurde nicht von einer koordinierten Wirtschaftspolitik begleitet – und dass der auf Geldwertstabilität und niedrige Haushaltsdefizite fixierte wirtschaftspolitische Ansatz der EU-Kommission einer qualitativen Wachstumsentwicklung abträglich war. Spätestens mit der Krise, der darauf folgenden Krise der Staatsfinanzen und des Euro und der seitdem eingeleiteten Maßnahmen der Krisenbewältigung ist kaum zu leugnen, dass sich die EU weiter von diesem Ziel entfernt. Bescheidene Wachstumszahlen, eine horrend gestiegene Massenarbeitslosigkeit (2008 hatte die Europäische Kommission noch die damals relativ niedrige Arbeitslosenquote als Beweis für die Richtigkeit ihrer Politik verkündet. (Schirm 2013, S. 201 ff.) die durch die fällige Bankenrettung gestiegene Verschuldung der Staaten, die die finanziellen Spielräume für Zukunftsinvestitionen beschneidet – all das zeichnet die heutige EU trotz aller schönfärberischer Regierungsreden aus. Aber vor allem hat die Krise die zentrifugalen Tendenzen in der EU noch einmal immens verstärkt. Der Arbeitsmarktforscher und Ökonom Steffen Lehndorff spricht von „spaltender Integration“ und von „Kontinentaldrift“ (Lehndorff 2014). Eine Integration unter neoliberalen Vorzeichen, die auf Wettbewerb und Konsolidierung der Staatshaushalte setzt, ist offenkundig nicht in der Lage, wirklich zusammenzuführen. Europa strebt stattdessen auseinander. Die sozialen Verwerfungen, zu denen diese Politik führt, befeuern rechtspopulistische und national-reaktionäre Tendenzen, die das Gegeneinander noch weiter verstärken.

Der französische Philosoph Étienne Balibar hat in einem Essay zur Krise der EU „Für die europäische Integration – aber anders“, diesen Vorgang so zusammengefasst:

„An den Rand des Abgrunds geriet Europa jedoch, weil es nicht als Raum der Solidarität zwischen seinen Mitgliedern und der Handlungsfähigkeit gegenüber den Risiken der Globalisierung, sondern als ein Instrument genutzt wurde, um im europäischen Raum die Logik des weltweiten Wettbewerbs durchzusetzen.“ Er warnt: *„Nachdem die Spannungen zwischen den Mitgliedsländern sowie zwischen den sozialen Schichten nun unerträglich geworden sind, beginnt eine Phase der Ungewissheit und des Übergangs und mit ihr die Möglichkeit einer Spaltung mit unabsehbaren Folgen.“* (Balibar 2014)

Kern der Wirtschaftsprogramme nach der Krise sind im Rahmen der Euro-Rettung die Austeritätsprogramme für den besonders darbenenden Süden Europas. Die jetzt als Zeichen der Erholung verkündeten Erfolgswahlen belegen vor allem: Die Verarmung wurde soweit nach unten getrieben, dass es natürlich irgendwann wieder etwas aufwärts gehen muss. Der Preis dieser Art Krisenlösung ist vor allem für die anhängig Beschäftigten, noch mehr für diejenigen ohne Arbeit, aber auch für den vom Abstieg bedrohten Mittelstand hoch. Und man muss kein Schwarzmaler sein, um zu sagen, dass mit dieser verfehlten Politik der Boden für die nächste Krise bereitet wird (Deppe 2013, Lehndorff 2014)

Diese Ungewissheit, wie es in der EU und in Europa weitergeht, gehört zum gegenwärtigen Szenario einer Übergangssituation, deren Auflösung nicht vorhersagbar ist. Dabei hängt von der ökonomischen

Entwicklung nicht zuletzt ab, welche Rolle die EU künftig als globaler Akteur spielen wird. Heute gilt: Gestützt auf ihre Wirtschaftskraft ist sie ein weltpolitischer Faktor. Aber wenn sie selbst hier weit hinter den selbst gesteckten Zielen zurückbleibt, wird es mit der globalen Machtentfaltung nichts werden.⁵ Zu Beginn des Jahrtausends hatte man einen Kranz von sicherheits- und militärpolitischen Institutionen gebaut, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vertraglich verankert und durch den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) weiterentwickelt und die Zahl der zivil-militärischen Auslandsmissionen deutlich erhöht. Stagnationserscheinungen wurden schon vor dem Kriseneinbruch 2007 sichtbar. Die erzwungene Konzentration auf die Euro-Krise und die Bearbeitung der Folgen hat ein Übriges dazu getan, die EU zurückzuwerfen. Die jüngsten Militärmissionen in Mali, Somalia und der Zentralafrikanischen Republik können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unzufriedenheit mit der europäischen Rolle in der Welt anhält. Das hat auch damit zu tun, dass weder die Frage nach dem Sinn und Zweck dieser Militär-Unternehmungen noch die Frage nach einer kohärenten europäischen Entwicklungs- und Sicherheitsstrategie gelöst sind.

In ihrer Sicherheitsstrategie aus dem Jahre 2003 hatte die EU das Ziel formuliert, dass man einen „Cordon Sanitaire“ schaffen wolle. Der Aufbau demokratischer Staaten, „verantwortungsvoll regierter Staaten“ im Umfeld der EU sollte gefördert werden. Doch zum Arabischen Frühling konnte man nur wenig beitragen, und als die Rebellionen ausbrachen, wusste man nicht so richtig, wie damit umzugehen sei. Der von Frankreich forcierte NATO-Einsatz für einen Regierungswechsel in Libyen hat die Differenzen ebenso offenbart, wie das britisch-französische Drängen auf militärische Aktionen zum Sturz Assads in Syrien. Wie soll es weitergehen? Nobody knows..⁶

Die Handlungsfähigkeit der EU wurde auch in der Ukraine/Russland-Frage in jüngster Zeit auf die Probe gestellt. Dabei wurden immer wieder tagespolitische Kompromisse gefunden, die es erlaubten, dass die EU als ein Faktor überhaupt in Erscheinung treten konnte. Aber die Differenzen gerade zwischen West- und Osteuropa waren überdeutlich. Diese beziehen sich insbesondere auf das Verhältnis zur Russischen Föderation. Damit sind Grundsatzfragen nach einer neuen gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur aufgeworfen, in der geklärt werden muss, welchen Platz darin die NATO, die OSZE oder auch neue Institutionen einnehmen sollen. Nur leider wurde schon lange nicht mehr darüber gesprochen. Die neue Zerrissenheit zwischen dem Westen (EU) und dem Osten (die Eurasische Union von Wladimir Putin) verlangt aber, dass man sich darüber neue Gedanken machen muss. Und gerade in diesem Punkt werden neue Antworten dringend gebraucht.

Möglicherweise bietet die anstehende Neubesetzung des Hohen Kommissars/der Hohen Kommissarin für die Europäische Außenpolitik die Chance zu einer solchen Neubesinnung und Positionsbestimmung. Allerdings wird es auch einer klaren und deutlicher vernehmbaren linken Stimme in und außerhalb des Europaparlaments bedürfen, um eine fortschrittlichere Politik der EU im Verhältnis zur „übrigen Welt“ durchsetzen zu helfen. Die gestärkte Linksfraktion im EP bietet Chancen, die genutzt werden sollten.

Köln, 10.08.2014

⁵ Dass es immer wieder Stimmen gibt, die meinen, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zum Motor der politischen Integration machen zu können, ändert nichts daran. Die bisherige Erfahrung lehrt, dass ein solcher Weg nicht gangbar ist.

⁶ Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag niedergelegt, dass man mit Frankreich über eine gemeinsame europäische Strategie in Afrika reden wolle. Auch das ein Hinweis, dass selbst die jüngsten gemeinsamen Militärmissionen diskussionswürdig erscheinen und ein Konsens lange nicht in Sicht ist.

Literatur

Amin, Samir (2003): Für ein nicht-amerikanisches 21. Jahrhundert. Der in die Jahre gekommene Kapitalismus. Hamburg.

Amin, Samir (1997): Die Zukunft des Weltsystems. Hamburg.

Amin, Samir (2003): Für ein nicht-amerikanisches 21. Jahrhundert. Der in die Jahre gekommene Kapitalismus. Hamburg.

Arrighi, Giovanni/Silver, Beverley (1999): Governance and Chaos in the Modern World System. Minneapolis, London.

Arrighi, Giovanni (2010): The Long Twentieth Century. Money, Power and the Origins of our Times, New York/London.

Backhouse, Maria, Olaf Gerlach, Stefan Kalmring, Andreas Nowak (Hrsg.) (2013): Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus. Münster.

Beck, Ulrich (1997): Was ist Globalisierung? Frankfurt a. M.

Beck, Ulrich (1998): Politik der Globalisierung. Frankfurt a.M.

Beckmann, Martin, Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe (Hg.) (2003): „Euro-Kapitalismus“ und globale politische Ökonomie. Hamburg.

Bieling, Hans Jürgen (2007): Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung. Wiesbaden.

Bieling, Hans-Jürgen, Jochen Steinhilber (Hg.) (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster.

Brzezinski, Zbigniew (1999): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt a.M.

Brzezinski, Zbigniew (2012): Strategic Vision. America and the Crisis of Global Power, New York.

Bundesregierung (2012a): Globalisierung gestalten, Partnerschaften ausbauen, Verantwortung teilen. Konzept der Bundesregierung vom Februar 2012. Berlin. Unter www.auswaertigesamt.de

Bundesregierung (2012b): Für eine kohärente Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten – Ressortübergreifende Leitlinien – September 2012. Berlin.

Bundesregierung (2014): Afrikapolitische Leitlinien der Bundesregierung

Callinicos, Alex (2009): Imperialism and Global Political Economy, Cambridge.

Cochrane, Feargal (2008): Ending Wars. War and Conflict in the Modern World. Cambridge.

Collier, Paul (2002): Understanding Civil War. A New Agenda. In: Journal of Conflict Resolution, Vol. 46, New Haven

Collier, Paul (2007): Die unterste Milliarde. Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann. München

Conert, Hansgeorg (1998): Vom Handelskapital zur Globalisierung, Münster.

Czempiel, Ernst-Otto (1999): Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München.

Deppe, Frank (2013): Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand, Hamburg.

Engelhardt, Marc (2014): Heiliger Krieg, heiliger Profit. Afrika als neues Schlachtfeld des internationalen Terrorismus, Berlin.

Fröhlich, Stefan (2008): Die EU als globaler Akteur. Eine Einführung, Wiesbaden.

Gerson, Joseph (2013): Obamas Pivot. Neuausrichtung der USA auf Asien und den Pazifik. In: Wissenschaft und Frieden 4/2013. Marburg/L.

Gill, Stephen (2003): Power and Resistance in the New World Order, London.

Hardt, Michael, Antonio Negri (2002): Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt a.M.

Hobsbawm, Eric (2003): Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert. Wien.

Kennedy, Paul (1998): Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt a.M.

Khanna, Parag (2008): Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung, Berlin.

Lehndorff, Steffen (2014): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa - revisited. Hamburg.

Le Monde Diplomatique (2013): Atlas der Globalisierung, Berlin.

Lipietz, Alain (1998): Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Berlin/Hamburg.

Locke, John (1980): Bürgerliche Gesellschaft und Staatsgewalt, Leipzig.

Maihold, Günther (2014): Die BRICS-Bank – der Einstieg in eine neue Weltfinanzordnung. SWP-Aktuell, August 2014

- Mallavarapu, Siddarth* (2013): BRICS: Hoffnung auf eine gerechte Weltordnung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Schwerpunktheft zu BRICS. Dort weitere Beiträge zu dem Thema. APuZ, 50-51/2013; 2. Dezember 2013
- Mann, Michael* (1994, 1998, 2001): Geschichte der Macht, in drei Bänden, Frankfurt a.M.
- Menzel, Ulrich* (2004): Paradoxien der neuen Weltordnung, Frankfurt a.M.
- Neelsen, John* (2014): Die Peripherie macht mobil, Standpunkte 06/14, Rosa Luxemburg Stiftung Berlin
- Nuscheler, Franz* (Hg.) (2000): Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert, Bonn.
- Oxfam Deutschland, WEED, Attac, Brot für die Welt, Südwind e.V.*(2012): Alternativen aus dem globalen Süden zur EU-Rohstoff- und Handelspolitik, Herbst 2012
- Parsons, Timothy H.* (2010): The Rule of Empires. New York.
- Polanyi, Karl* (1978): The Great Transformation (1944), Frankfurt a.M.
- Poulantzas, Nicos* (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg.
- Prashad, Vijav* (2013): Neoliberalismus mit südlichem Antlitz, Rosa Luxemburg Stiftung New York, Mai 2013. www.rosalux-nyc.org
- Rilling, Rainer* (2007): Imperialität. US-amerikanische Diskurse seit 9/11. In: Brie, Michael, Schöne neue Demokratie . Elemente totaler Herrschaft, Berlin.
- Rilling, Rainer* (2013): Über die Rolle der USA bei der Herausbildung des globalen Kapitalismus. Ein kritischer Literaturbericht, in: Das Argument Heft 6/2013, Hamburg.
- Schieder, Siegfried und Manuela Spindler* (Hg.) (2010): Theorien der Internationalen Beziehungen, 3. Auflage, Opladen.
- Schimmelfennig, Frank* (2013): Internationale Politik. 3. Auflage, Paderborn.
- Schirm, Stefan A.* (2013): Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung. 3. Auflage. Baden-Baden.
- Senghaas, Dieter* (2012): Weltordnung in einer zerklüfteten Welt, Frankfurt a.M.
- Siegelberg, Jens, Klaus Schlichte* (Hg.) (2000): Strukturwandel internationaler Beziehungen, Wiesbaden.
- Staack, Michael, Dan Krause* (Hrsg.) (2014): Europa als sicherheitspolitischer Akteur. Opladen, Berlin, Toronto

Strange, Susan (1988): States and Markets, Manchester

Strange, Susan (1996): The Retreat of the State: The Diffusion of Power in the World Economy, Cambridge

Van der Pijl, Kees (2007): Nomads, Empires, States. Modes of Foreign Relations and Political Economy, Volume I. London.

Zeller, Christian (Hrsg.) (2004): Die globale Enteignungsökonomie, Münster.